



Stadtverwaltung Linnich
Rathaus
Frau Bürgermeisterin Schunck- Zenker
Rurdorfer Str. 64
52441 Linnich

ANTRAG

15. Februar 2019

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Schunck- Zenker

Zur nächsten Ratssitzung beantragt die PKL- Fraktion die Einbringung der „Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“ auf die Tagesordnung zu nehmen und den folgenden Beschluss zur Abstimmung vorzulegen:

Der Rat der Stadt Linnich fordert die Landesregierung auf, den § 8 des Kommunalabgabengesetz so zu ändern, dass die Bürgerinnen und Bürger von den Beiträgen für den Umbau und Ausbau von dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wegen und Plätzen, soweit nicht das Baugesetzbuch anzuwenden ist, befreit werden und die hierdurch den Städten und Gemeinden entstehenden Mindereinnahmen durch das Land zu kompensieren.

Begründung:

Aktuelle Rechtslage in NRW ist, dass die Kommunen selbst entscheiden können ob Sie Straßenbaubeiträge erheben und somit den Bürger zur Zahlung von Straßenbaubeiträgen heran ziehen.

Die erhobenen Straßenbaubeiträge belasten jedoch die betroffenen Anlieger sehr, sie sind stellenweise unverhältnismäßig und für manchen Bürger existenzbedrohend.

Diese Umstände hat auch der Städte- und Gemeindebund bei seiner Regionaltagung in 2018 festgestellt.

Die Erhebung der Straßenbaubeiträge wird von den meisten Bürgern mit großer Sorge betrachtet und häufig auch als ungerecht empfunden.

Außerdem ist die Tatsache, dass es in der Bundesrepublik Deutschland unterschiedliche Gesetzesgrundlagen zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen gibt und Bundesländer wie Berlin, Hamburg, Baden- Württemberg und seit neuestem Bayern keine Straßenbaubeiträge erheben, man jedoch in NRW und anderen Bundesländern zahlen muss, eine im höchsten Grade Ungleichbehandlung der Bürger.



Vielen Bürgern ist die Bezahlung der Straßenbaubeiträge nicht ohne weiteres möglich. Eine Finanzierung der geforderten Straßenausbaubeiträge mittels Kredit ist jedoch, wenn das Einkommen oder die Rente nur gering sind, und dass ist bei vielen Bürgern in Linnich der Fall, kaum oder gar nicht möglich. Im absoluten Härtefall würde ein vom Bürger nicht zu leistender Straßenausbaubeitrag den Ruin und den Verkauf des Hauses nach sich ziehen.

Bekanntermaßen ist es für die Verwaltung der Stadt Linnich mit erheblichem Aufwand verbunden, die Straßenausbaubeiträge sach- und fachgerecht je Liegenschaft festzustellen und beim Bürger per Bescheid einzufordern.

Nicht selten führten erstellte Bescheide zu Rechtsstreitigkeiten.

Es ist demnach festzustellen, dass die aktuelle gesetzliche Regelung zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in NRW derzeit für keine Seite zufriedenstellend ist.

Auch der Bund der Steuerzahler fordert deshalb, dass das Land NRW den Kommunen zweckgebundene Zuweisungen für die Instandhaltung und Erneuerung von Straßen zahlt. Damit würde eine gerechte Verteilung der anfallenden Kosten der Straßenbaubeiträge erreicht und der über Steuern finanzierte Straßenausbau alle Bürger gleichermaßen finanziell beteiligen.

Über eine am 31.10.2018 gestartete Volksinitiative will der Bund der Steuerzahler den Landtag zwingen, sich mit dem Thema zu befassen. Aktuell wurden bereits mehr als 300.000 abgegebene Unterschriften gezählt.

Fest steht damit, dass der Landtag über die Abschaffung der Straßenbaubeiträge beraten muss, er ist aber nicht dazu gezwungen, das beantragte Gesetz zu erlassen.

Auch aus diesem Grund haben in den letzten Monaten sehr viele Kommunen und Gemeinden in NRW eine Resolution zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge verfasst und an den Landtag und die Landesregierung versandt, um so die Forderung des Bund der Steuerzahler zu unterstützen und gegenüber der Landeregierung den Druck zu verstärken.

Auch wir in Linnich sollten mit einer Resolution den Bund der Steuerzahler mit seiner Forderung zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge im Sinne der Bürger unserer Stadt und aller Bürger in NRW unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen
PKL-Fraktion


Hartmut Mandelartz
(Fraktionsvorsitzender)